

Bodensee Kreis - Zukunftsforum Deutschland

PRESSEMITTEILUNG

Warum der Ausbau der Erneuerbaren ein Fehler ist!

Joachim Weimann

Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Berlin (28. Juli 2022) - Die Bundesregierung hat beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien (vor allem der Windenergie) bis 2035 auf 80 Prozent des Gesamtstromverbrauches zu erhöhen. Dazu hat sie zwei zentrale Gesetzesvorhaben durchgesetzt. Im EEG 2022 findet sich im Paragraph 2 nunmehr die Feststellung, dass Ausbau und Betrieb der Windkraft im überragenden Interesse der Bundesrepublik liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Die Stoßrichtung dieser Vorschrift ist klar. Mit ihr werden zentrale Abwehrrechte der Bürger und Bürgerinnen gegen staatliche Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte praktisch außer Kraft gesetzt. Damit Mensch und Tier gleichermaßen daran gehindert werden, den Ausbau zu verzögern, wurde das Bundesnaturschutzgesetz entsprechend angepasst. Natur- und Artenschutz wurden reduziert, kein Schwarzstorch kann in Zukunft der Windkraft noch etwas zu Leibe tun – umgekehrt schon.

Die drastischen Schritte der Regierung bedeuten erhebliche Einschnitte in Rechte, die über Jahrhunderte erkämpft worden sind. Das bedarf einer besonders wasserdichten Rechtfertigung. Ob eine solche vorliegt, sei im Folgenden geprüft.

Wenn der Ausbau der Windkraft im Sicherheitsinteresse unseres Landes liegt, dann ist damit natürlich die Energiesicherheit gemeint – um die man sich in der Tat gegenwärtig Gedanken machen muss. Durch den Ausbau wird die Stromversorgung des Landes zu 80 Prozent in die Hand von Energieformen gelegt, deren Stromproduktion extrem volatil ist. Eine sichere Stromversorgung braucht aber verlässliche Stromlieferungen und da nicht in Sicht ist, dass bis 2035 eine bezahlbare Speicherlösung existieren wird, muss die Produktion der Erneuerbaren durch andere Energieträger abgesichert werden. Es bedarf Regelenergie, um Lastschwankungen auszugleichen, und Reserveenergie im Umfang von 100 Prozent des Strombedarfes, um auch bei Dunkelflauten Strom zu haben. Als Brückentechnologie war dafür bisher die Verstromung von Gas vorgesehen. Diese Technologie wird langfristig nicht zur Verfügung stehen, weil der dauerhafte Ausfall der russischen Gaslieferungen nicht zu kompensieren ist – schon gar nicht zu akzeptablen Kosten. Es bleibt also nur Kohle und Öl als Backup für die Windkraft, denn Atomkraftwerke haben wir ja auch nicht mehr. Kohlekraftwerke haben gegenüber Gas den Nachteil, dass sie nicht leicht regulierbar sind, d.h. um die Regelleistung erbringen zu können, müssen sie auf relativ hohem Produktionsniveau im Leerlauf parallel zur Windkraft betrieben werden. Wie sich das Alles auf die CO₂-Emissionen in der Summe auswirkt, ist nicht genau bekannt. Dass sich die Energiesicherheit Deutschlands dadurch verbessert, kann sicher ausgeschlossen werden.

Sollte es tatsächlich gelingen, 80 Prozent unseres Strombedarfs aus Wind- und Solar-energie bereitzustellen, hätte das zur Folge, dass wir ca. 16 Prozent unseres gesamten Energiebedarfs aus Erneuerbaren decken, denn den befriedigen wir nur zu 20 Prozent mit Strom. Es bleiben also 84 Prozent Energie, die aus Kohle, Öl und ein bisschen Gas gedeckt werden müssen. Liefern diese 16 Prozent wenigstens einen spürbaren Beitrag zur Reduktion von CO₂? Nein, denn die Reduktion findet ausschließlich im Energiesektor statt, also dem Sektor, der durch den europäischen Emissionshandel bereits reguliert ist. Auf den Hinweis, dass nationale Reduktionsmaßnahmen in diesem Bereich vollkommen wirkungslos sind, weil sie nicht dazu führen, dass die Anzahl der Emissionsberechtigungen in Europa sinkt, hat man bisher entgegnet, man würde eben die entsprechenden Rechte vom Markt nehmen, dann sei schon alles in Butter. Das war noch nie ein gutes Argument, denn wofür braucht man dann noch den Emissionshandel? Faktisch wird durch solche Maßnahmen das erfolgreichste klimapolitische Instrument der Erde außer Anwendung gesetzt. Aber selbst dieser Weg ist jetzt verschlossen, denn die europäischen Partner werden nicht zulassen, dass sich durch den deutschen Sonderweg die Emissionsrechte noch einmal verteuern. Nicht in Zeiten extrem hoher Energiepreise. Die Folge: Durch die deutschen 80 Prozent erneuerbarer Strom wird nicht ein Kilo weniger CO₂ in Europa emittiert.

Die Energiesicherheit sinkt, der Klimaschutz kommt komplett unter die Räder. War es das? Nein, denn der Ausbau wird erhebliche Kosten nach sich ziehen. Ganz abgesehen von den Zusatzkosten der Erneuerbaren fallen erhebliche externe Kosten an. Landschaftsverbrauch, Einschränkungen des Naturschutzes und der Biodiversität, der Verlust von Heimat für viele Menschen, die Vermögensverluste und die gesundheitlichen Gefahren der Windkraft – nichts davon ist jemals eingepreist worden. Insbesondere Grüne Politiker drängen sehr gerne und zu Recht auf die Beachtung externer Effekte, darauf, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen müssen. Nur bei den Erneuerbaren, da schweigen sie hartnäckig und leugnen die offensichtliche Existenz solcher Kosten.

Leider ist es auch damit noch nicht vorbei. Es kommt ein erheblicher politischer Kollateralschaden hinzu und der Verlust politischer Glaubwürdigkeit. Die Bundesregierung hat bewiesen, dass sie bereit ist, bürgerliche Grundrechte und den Naturschutz zu schleifen, um den machtpolitischen Interessen einer Partei zu dienen. Aber diese Politik wird zu weiteren Energiepreisanstiegen, unsicherer Versorgung und gleichzeitig eher steigender als sinkender CO₂-Emissionen führen. Wird das erst einmal sichtbar, kann es passieren, dass sich viele Menschen fragen werden, wie es dazu kommen konnte. Und das erst Recht, weil in der Regierung eine andere Partei vertreten ist, von der man bisher angenommen hatte, dass der Schutz der Bürgerrechte ihre DNA ausmacht.

Die politische Glaubwürdigkeit wird vor allem durch einen elementaren Widerspruch der Energiepolitik beschädigt. Im Jahr 2021 haben die damals noch laufenden Atomreaktoren 69 Terrawattstunden Strom produziert. Das entsprach der Leistung aller Solaranlagen und Wasserkraftwerke Deutschlands zusammen. Auf diese Leistung zu verzichten soll im Sicherheitsinteresse Deutschlands liegen? Und gleichzeitig dient es unserer Sicherheit, die Stromproduktion auf volatile Energieträger zu verlagern, die nunmehr den sicheren Atomstrom ersetzen müssen? Wer soll das verstehen? Unsere Sicherheit wird durch die Gaskrise bedroht. Es ist der erklärte Wille des Westens, ohne russische Rohstoffe auskommen zu wollen. Darauf mit Windkraft zu reagieren ist naiv und es ist falsch. Wir brauchen dringend eine Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik, bei der nicht die DNA einer Partei die Richtung vorgibt, sondern die Ratio.

Ein Video von Professor Weimann zum Thema Erneuerbare Energien finden Sie hier

<https://youtu.be/V2yjriQYVc>



Pressefoto:



Der Bodensee Kreis ist ein gemeinnütziger Verein, der am 8. November 2019 auf Initiative von Volker Kauder gegründet worden ist. Er ist ein interdisziplinäres Gesprächsforum aus bedeutenden Wissenschaftlern, die mit neuen Denkansätzen die komplexen Herausforderungen der Zukunft Deutschlands herauskristallisieren und Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik formulieren wollen. Der Bodensee Kreis will Impulsgeber für einen offenen und konstruktiven öffentlichen Diskurs über bedeutende Zukunftsfragen unseres Landes sein. Er ist unabhängig und überparteilich.

Bodensee Kreis e. V.

Reinhardtstraße 29 A, In der Residenz Am Deutschen Theater, 10117 Berlin

Kontakt: Kai Christian Bleicken, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Telefon: 0151-12558010, E-Mail: info@bodenseekreis-ev.de, www.bodenseekreis-ev.de